

A22

Antrag

**an die ordentliche Landesversammlung am 17./18.10.2015 in Bad Windsheim.
Möglicher Antragsschluss für Änderungsanträge: 9. Oktober, 12 Uhr.**

AntragsstellerIn: LAK Europa, Frieden & Internationales (Beschlossen am 12.09.2015)

Gegenstand: **Europäische Herausforderung Flucht, Asyl und Einwanderung**

Antragstext

- 1 Einleitung:
2 Die neuerliche Migrationsbewegung aus Flüchtlingen und Asylbewerbern hat die EU
3 überrascht, obwohl sie vorhersehbar war. Die meisten der Maßnahmen dieses Jahres
4 sind denn auch mit heißer Nadel gestrickt und es fehlt ihnen an Struktur,
5 Konsequenz und Zielgerichtetheit.
- 6 Zusätzlich sterben Flüchtlinge in großer Zahl bei dem Versuch sicheren
7 europäischen Boden zu erreichen.
8 Dabei birgt die Bewegung nicht nur eine Herausforderung und ethische
9 Verpflichtung für die Staaten der EU, sondern auch eine Chance die gestörte
10 demographische Struktur nicht nur aber besonders in den osteuropäischen Staaten
11 auszugleichen.
- 12 Anstrengungen, Lösungen auf europäischer Ebene zu finden, dürfen nicht durch
13 Regionalinteressen einzelner Bundesländer oder Parteien wie der CSU
14 konterkariert werden. Nationaler Egoismus darf nicht durch regionalen Egoismus
15 übertroffen werden.
- 16 Gleichzeitig zeigt sich, dass Versäumnisse in der internationalen Entwicklungs-
17 und Sicherheitspolitik zwar mit Verspätung, aber mit großer Sicherheit,
18 Auswirkungen direkt in der EU haben.
19 Wir fordern:
- 20 **1. Europäisierung der Einwanderung und des Asyls für Flüchtlinge und Verfolgte**

21 Einige europäische Staaten sind nicht nur überfordert, sondern auch unwillig
22 sich an einer Antwort auf die Herausforderungen des Asyl- und Flüchtlingsrechts
23 und notwendiger Einwanderung zu beteiligen. Diese Länder dürfen aber eine humane
24 und demographisch sinnvolle Flüchtlingspolitik nicht verhindern. Es braucht
25 deswegen einen Zusammenschluss der willigen EU-Länder zu einer europäischen
26 Lösung. Dabei sollen sich diese Länder gegenseitig Unterstützung bei
27 Organisation und Integration gewähren, um die enorme Herausforderung in einen
28 Gewinn verwandeln zu können. Im Idealfall hat dieser Zusammenschluss genug
29 Anziehungskraft auch für andere EU-Länder, die sich bisher notwendigen Schritten
30 verweigern.

31 **2. Ermöglichen legaler Fluchtwege in die EU**

32 Die EU muss legale Fluchtwege ermöglichen, die die hochriskanten Fluchten z.B.
33 über das Mittelmeer nicht mehr notwendig machen und auch den
34 Schlepperorganisationen ihre Geschäftsgrundlage entziehen. Dabei sollen die
35 Botschaften die erste mögliche Anlaufstelle für Asyl- und Einwanderung sein.

36 **3. Demographische Chancen der Flüchtlingsbewegungen nutzen**

37 Schnelle Integration von Migranten aus Einwanderung, politischem Asyl und Flucht
38 kann helfen die ausgeprägt schwierigen demographischen Strukturen in mehreren
39 EU-Ländern zu verändern. Im Sinne Europas müssen hier Länder auch zu
40 zielgerichteter Integrationspolitik verpflichtet werden. Ein sinnvolles
41 Einwanderungsrecht muss die Asyl- und Flüchtlingspolitik ergänzen, entlasten und
42 positive Impulse setzen.

43 **4. Rückführungen mit Hilfe verbinden**

44 Gerade Rückführungen in Balkanländer müssen mit mehr Anstrengungen begleitet
45 werden, die Lebensumstände in den entsprechenden Ländern zu verbessern. Es ist
46 nicht tragbar, dass Menschen aus Ländern fliehen müssen, die EU-
47 Beitrittskandidaten sind. Entsprechende Standards müssen zu zwingenden
48 Voraussetzungen für den EU-Beitrittskandidatenstatus werden.

49 **5. Europa muss mehr entwicklungs- und sicherheitspolitische Verantwortung** 50 **übernehmen**

- 51 • UN-Friedensmissionen müssen gestärkt werden
- 52 • Responsibility to protect muss als vielschichtiges
53 Krisenbewältigungsinstrument, insbesondere in seinen zivilen Elementen
54 Teil europäischer Sicherheitspolitik werden
- 55 • Konflikte müssen im lokalen Kontext gesehen werden - Das Entstehen von
56 Failed-States durch unüberlegte Interventionen und auch zu frühen
57 Abzug muss vermieden werden.
- 58 • Druck auf autoritäre Regime muss geschaffen werden. Wirtschaftlicher
59 Austausch ist nützlich - Menschenrechte müssen aber immer Vorrang vor
60 Wirtschaftsinteressen haben
- 61 • Waffenexporte aus der EU müssen deutlicher und grundsätzlicher
62 eingeschränkt werden. Insbesondere müssen wirksame
63 Endverbleibskontrollen geschaffen werden.
- 64 • Negative Effekte der europäischen Handelspolitik auf Entwicklungs- und
65 Schwellenländer z.B. bei Zöllen und in der Fischereipolitik müssen

identifiziert und beseitigt werden.

Begründung

Begründung siehe Antragstext

UnterstützerInnen

- Peter Heilrath (KV München), Berti Furtner-Loleit (KV München), David Lamouroux (KV München), Ursula Streng (KV Starnberg) Katharina Steiner (KV München), Uwe Kekeritz (KV Neustadt-Aisch), Doris Wagner (KV München), Andrej Novak (KV Forchheim), Heidi Schiller (KV München), Alexander König (KV München)